

aber entscheiden sie sich aus Compensation und Berechnung. Es würde das von Seiten der Regierung eine Auffassung sein, die ich mit Entschiedenheit zurückweisen müßte, wenn sie nämlich einem Antrage der Kammer aus andern Gründen die sofortige Genehmigung versagte, als aus Gründen der innigsten Ueberzeugung, daß die Sache zur Zeit oder überhaupt bedenklich sei. Und ebenso glaube ich voraussehen zu dürfen, daß von Seiten der Kammer einem Antrage der Regierung nie aus andern Gründen eine abfällige Erklärung zu Theil wird, als weil sie sich der von der Regierung ausgesprochenen Ueberzeugung nicht anschließen zu können sich bewußt war.

Abg. Eisenstuck: Herr Präsident, ich bitte ums Wort, zur Berichtigung einer Thatsache.

Präsident Dr. Haase: Ich erlaube mir, die Reihenfolge der Sprecher, welche sich angemeldet haben, der Kammer mitzutheilen. Es haben sich zum Sprechen angemeldet: die Herren Abgg. v. Nostitz-Wallwitz, Heyn, Staatsminister Georgi, v. Nostitz-Drzewiecki und Dehmichen auf Choren. (Von verschiedenen Seiten der Kammer erschallen Rufe:

Herr Präsident, ich bitte auch ums Wort.)

Für jetzt gebe ich das Wort dem Herrn Abg. Eisenstuck zur Berichtigung.

Abg. Eisenstuck: Die Thatsache, welche ich zu berichtigen habe, ist die, daß die Parität, die ich gewünscht habe, sich nicht auf die Wünsche selbst bezieht, sondern auf die Beurtheilung dieser Wünsche und ich glaube, daß das den Sinn, den der Herr Staatsminister meiner Aeußerung unterlegte, bedeutend ändert.

Abg. v. Nostitz-Drzewiecki: Aus den Aeußerungen des Abgeordneten Meinert könnte ein Vorwurf gegen die 461 Beamten der Justizämter hervorgehen. Den habe ich durchaus nicht machen wollen und auch nicht gemacht, indem ich bloß geäußert habe, daß ein großer Theil dieser Beamten aus jüngern Leuten bestände, denen wohl selbstverständlich noch die nöthige Erfahrung abgehe und es mir daher zweckmäßiger erscheine, lieber einem ältern und erfahrenen Beamten die Geschäfte der Amtshauptmannschaft zu übertragen.

Abg. v. Nostitz-Wallwitz: Ich habe nur der gütigen Aufforderung des Herrn Referenten zu entsprechen und mich über den Seite 75 des Berichts zu lesenden Antrag, die Bestimmungsorte betreffend, noch specieller zu äußern. Meine Ansicht würde dahin gehen, den Gegenstand hier ganz fallen zu lassen, denselben bei Berathung des uns noch vorliegenden Recrutirungsgesetzes zur Sprache zu bringen und dafür zu sorgen, daß eine entsprechende Bestimmung in die Ausführungsverordnung zum neuen Recrutirungsgesetze kommt. Uebrigens bedauere ich, daß mich der Abg. Dehmichen auf Choren mißverstanden hat; ich habe ausdrücklich erklärt, daß ich vollkommen damit einverstanden

bin, daß den Amtshauptleuten eine möglichste Vielfältigung der Bestimmungsorte zur Pflicht gemacht werde und ich habe nur gewünscht, daß die specielle Wahl dieser Orte wie zeither den Amtshauptleuten überlassen bliebe, und daß diese Orte nicht im Voraus festgesetzt würden, weil hierbei viele Zufälligkeiten concurriren, die sich nicht im Voraus übersehen lassen. Wollen Sie eine allgemeinere Bestimmung festsetzen, wie zum Beispiel, daß ein Bestimmungspflichtiger sich nicht weiter als zwei Meilen von seinem Orte stellen dürfe, so würde nichts dagegen zu erinnern sein; aber die Orte im Voraus festzusetzen, ist, glaube ich, unmöglich.

Abg. Heyn: Ich werde mit der geehrten Deputation stimmen. Die geehrte Deputation hat auf Seite 78 ihres Berichtes ihre Gründe so deutlich und klar hervorgehoben, daß es ganz überflüssig erscheinen würde, wenn ich dem noch etwas hinzufügen wollte. Ferner haben der Abg. Haberkorn sowohl als der Herr Referent und andere Deputationsmitglieder die Entgegnungen genügend beantwortet und ich theile in dieser Beziehung allenthalben ihre Ansicht. Hierzu kommt ferner, daß durch die persönliche Thätigkeit und Unverdroßtheit des Amtshauptmanns zu Zwickau wohl diese Geschäfte noch auf einige Zeit werden verwaltet werden können; man hat überhaupt bei den Gehaltserhöhungen allenthalben darauf hingewiesen, daß die Beamten durch die Erhöhung ihres Gehaltes überhaupt zu einer größern Thätigkeit angespornt werden würden und ich habe damals mit voller Ueberzeugung auch den Gehaltserhöhungen meine Zustimmung gegeben, weil ich glaubte, daß dadurch die Zahl der Beamten mehr und mehr vermindert werde. Allein nach der jetzigen Budgetvorlage scheint dies der umgekehrte Fall zu sein und ich kann wenigstens von meinem Standpunkte aus nicht wünschen, daß immer mehr und mehr Beamte angestellt werden, weil dies wirklich in Zukunft für das Land von großem Nachtheile sein muß. Selbst die Pensionen werden dann in nicht unerheblicher Weise von Zeit zu Zeit erhöht werden, was allerdings nur den Bewohnern zur Last fallen muß.

Königlicher Commissar Kohlschütter: Der geehrte Abgeordnete geht wohl von einem nicht ganz richtigen Gesichtspunkte aus und legt dem Antrage der Regierung, welcher die Errichtung einer neuen oberbergischen Amtshauptmannschaft bezweckt, Motive unter, die ihr fremd sind, wenn er den Grund für diese Maßregel lediglich darin sucht, dem Amtshauptmann in Zwickau eine Geschäftserleichterung zuzuführen, und wenn er glaubt, den jetzigen Inhaber dieser Stelle gegen den Verdacht in Schutz nehmen zu müssen, daß er seiner Pflicht nicht gehörig nachgekommen sei. In den Motiven der Regierung ist mit keiner Silbe darauf hingewiesen, daß aus diesem Grunde die Errichtung einer neuen Amtshauptmannschaft beantragt werde. Das Ministerium läßt vielmehr der Thätigkeit des betreffenden Amtshauptmanns volle Gerechtigkeit widerfahren; derselbe hat seinen Bezirk schon